

In dieser Woche kam wieder das Plenum des Niedersächsischen Landtages in Hannover zusammen. Dabei haben wir wichtige politische Themen diskutiert und beschlossen.

Am ersten Plenartag diskutierten wir über die Arbeitsbedingungen in der Paketzustellbranche. Häufig unterlaufen die Zustelldienste den Mindestlohn und lassen Paketboten unter rechtswidrigen Arbeitsbedingungen arbeiten. Hier muss der Staat eingreifen! Deshalb begrüßt die SPD-Fraktion, dass die Landesregierung eine Bundesratsinitiative auf den Weg gebracht hat, um die Arbeitsbedingungen bei Zustelldiensten und deren Subunternehmen zu verbessern. Gerechte Löhne und faire Arbeitsbedingungen sind nicht verhandelbar!

Beleidigungen, Drohungen, Hass und Gewalt im öffentlichen Raum nehmen immer mehr zu. Neben Aggressivität gegen Rettungskräfte und Polizisten sind leider auch Übergriffe gegen Amts- und Mandatsträger keine Ausnahme mehr. Der Landtag verurteilt dies und fordert zusammen mit den kommunalen Spitzenverbänden die Aufstellung eines Fünf-Punkte-Plans gegen Beleidigungen, Drohungen, Hass und Gewalt gegenüber kommunalen Amtsund Mandatsträgern auf den Weg zu bringen.

In dieser Plenarwoche habe ich im Landtag eine Rede zur Einsetzung eines/r Antisemitismusbeauftragter/n gehalten. Schon seit längerer Zeit gibt es die landesseitigen Überlegungen, zur Einsetzung einer/s solchen Beauftragten. Fakt ist, dass sich viele jüdische Menschen im Land zunehmend bedroht fühlen. Ein Umstand, den wir gerade auch aufgrund unserer besonderen historischen Verantwortung nicht



nur ernst nehmen müssen, sondern welcher auch zu konkreten politischen Maßnahmen führen muss. Ich unterstütze ausdrücklich den Weg der Landesregierung gemeinsam mit den jüdischen Verbänden, Vereinen und Gruppierungen einen gangbaren Weg zu finden, wie Antisemitismus auf allen Ebenen begegnet und Einhalt geboten werden kann.





DENIZ DIREKT

Auch am Rande der Plenarsitzungen in Hannover nehme ich zahlreiche Termine wahr. So wurde ich zum Beispiel gemeinsam mit meinen SPD-Kollegen Dörte Liebetruth und Oliver Lotttke vom Kommunalverbund Bremen/Niedersachsen eingeladen. Gemeinsam mit dem Vorsitzenden Andreas Bovenschulte diskutierten wir über die aktuellen politischen Herausforderungen für unsere Region. Dabei ging es diesmal um die Themen Gesundheit, Verkehr und interkommunale Zusammenarbeit.



Bereits in der letzten Woche gab es erfreuliche Nachrichten aus Berlin. Zum umstrittenen "Digitalpakt" konnte der Bund mit den Ländern einen Kompromiss finden, welcher den Ländern endlich Geld zur Verfügung stellt. Für Niedersachsen bedeutet dies, dass jede Schule 30.000 Euro für die Umsetzung der Digitalisierung erhalten wird. Somit ist sichergestellt, dass auch an den Delmenhorster Schulen Geld ankommt. Darüber hinaus schafft die Grundgesetzänderung ein starkes und soziales Investitionspaket in die Zukunft des Landes, sei es in Kitas, sozialen und bezahlbaren Wohnungsbau oder in die Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs.

Auch in meiner Funktion als SPD-Fraktions-sprecher gegen Rechtsextremismus war ich in den vergangenen Wochen im Einsatz. Auf Einladung der Oldenburger SPD diskutierte ich gemeinsam mit verschiedenen politischen Vertretern über die Herausforderungen rechtspopulistischer und -extremer Tendenzen. Die ganze Gesellschaft ist gefragt, sich nationalistischem und rechtem Gedankengut entgegen zu stellen.

Vier Wochen lang hat mich Malek als studentischer Praktikant bei meiner Arbeit als Abgeordneter begleitet. Er studiert an der Hochschule Bremen den internationalen Studiengang Politikmanagement. Jetzt durfte er hautnah den politischen Betrieb in Hannover und Delmenhorst miterleben. Er begleitete mich auf den Sitzungen des Innen- und Verbraucherschutzausschusses und vor Ort in Delmenhorst unterstützte er mich bei verschiedenen Gesprächsterminen mit Verbänden, Vereinen oder Unternehmen.



Interesse an einer Landtagsfahrt? Mehrmals im Jahr bietet das Landtagsbüro Fahrten nach Hannover an. Unter 04221 1521219 oder buero@deniz-kurku.de nehmen wir Anmeldungen entgegen.



